

Wirtschaftliche Gegenwartsfragen.

Beschlüsse des Zentralverbandes der Industriellen.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller hielt am 12. Juli in Berlin eine Tagung ab, bei der sein Vorsitzender, Landrat a. D. Rötger, über den unter Ausschaltung der Industrie getätigten Östfrieden und die Verhandlungen über die künftigen deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen sprach. Er schloß mit einem Ausblick auf die wirtschaftliche Zukunft und erinnerte daran, daß die Interessen der Unternehmer und Arbeiter einander begegnen in der Forderung eines starken Friedens, der uns Rohstoffbezug und Auslandsabfah sichert. Es ist das auch der Weg, der zum sozialen Frieden führt. Soziale Fragen werden nicht durch unausgesetztes Nachgeben gegen politische Forderungen, sondern dadurch gelöst, daß das Verständnis unserer Arbeiterschaft für die Zusammenhänge des wirtschaftlichen Lebens in weitestem Umfange gefördert wird. Diesen Ausführungen stimmte die Versammlung ebenso zu wie den Gründen, die der Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Regierungsrat Dr. Schweglhoffer, für die Notwendigkeit alsbaldigen und vollständigen Abbaues der Zwangswirtschaft nach dem Kriege vortrug.

In der Frage einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde die Bedeutung des politischen und militärischen Bündnisses mit Österreich-Ungarn voll anerkannt, indessen betont, daß ein engeres Wirtschaftsverhältnis nicht dazu führen dürfte, daß die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands, die für den Rohstoffbezug unentbehrlich sind, und den nicht minder unentbehrlichen Auslandsabfah unserer Erzeugnisse ermöglichen, hierdurch aufs Spiel gesetzt werden. Es steht hier die Frage zur Entscheidung, ob Deutschland seine handelspolitische Zukunft lediglich nach kontinentalen Gesichtspunkten oder aber nach weltwirtschaftlichen Bedürfnissen und Interessen zu orientieren hat. In den nächsten Monaten wird sich die Industrie über ihre Stellungnahme im politischen Sinne schlüssig werden müssen.

Dem Arbeitlammergesetzentwurf gegenüber nimmt der Zentralverband Deutscher Industrieller grundsätzlich eine ablehnende Haltung ein in der Ueberzeugung, daß die Tätigkeit von Arbeitskammern den sozialen Frieden nicht fördert, sondern im Gegenteil schädigt. Für den Fall, daß das Gesetz zustandekommt, muß die Industrie auf folgenden Mindestforderungen bestehen, sachliche Gliederung, Abstufung des Wahlrechts, Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen, ausreichende Bürgschaften für völlige Unparteilichkeit des Vorsitzenden, der die Verhandlungen lediglich zu leiten, aber kein Stimmrecht auszuüben hat. Es muß mit aller Bestimmtheit erwartet werden, daß die Regierung (Reichswirtschaftsamt) an ihrem Widerspruch gegen den örtlichen Aufbau und die Errichtung besonderer Arbeitnehmer-Abteilungen unbedingt festhält.

Zum Schlusse teilte der Vorsitzende mit, daß das Direktorium des Zentralverbandes Deutscher Industrieller eine öffentliche Kundgebung gegen den Kriegssozialismus und für die freie Wirtschaft nach dem Kriege unter gemeinsamer Beteiligung von Industrie und Gewerbe, Handel und Seeschiffahrt, Landwirtschaft und Mittelstand für Oktober in Aussicht genommen hat.